

Politik und Umweltschutz

Kann ökologische Politik jemals populär sein?

Von Peter Cornelius Mayer-Tasch

— Eine „ökologische Politik“ ohne Wenn-und-Aber ist kaum vorstellbar. Zum einen, weil die Zeit nicht stillsteht und daher auch jede Um- und Mitweltpolitik im Strom der Zeit auf die – durch welche sozio-ökonomischen und sozio-politischen Entwicklungen auch immer geprägte – ökologische Lage der Region(en) und Nation(en) reagieren muss. Sie kann sich daher auch höchstens als eine ökologischere Politik präsentieren – als eine Politik, die um- und mitweltbewusster ist als die zuvor praktizierte und ökologischer als der ökologische Status quo. Ökologische Politik kann mithin begriffsnötig (und bestenfalls) eine Politik des ökologischen Komparativs sein – nicht aber eine schlechthin „ökologische Politik“, was immer man auch darunter verstehen mag.

Wer ist das Volk?

Ebenso interpretationsbedürftig wie der Begriff der ökologischen Politik ist auch der Begriff der Popularität. Unter Verzicht auf einen differenzierenden Blick auf die Begriffsgeschichte ließe sich populär mit volkstümlich übersetzen. Bei einer derart pauschalisierenden Begriffsbestimmung bleibt offen, ob „das ganze Volk“ oder aber gewisse Schichten oder Segmente des Staatsvolkes gemeint sind. Empirische Erhebungen könnten bei einer Aufschlüsselung des Volksbegriffs einigermaßen konkrete Antworten für eine ganz spezifische ökologische(re) Politik in einer ganz spezifischen sozio-ökonomischen, sozio-politischen und sozio-ökologischen Situation geben. Zur Beantwortung der hier zugrunde gelegten Fragestellung ist es jedoch zielführender, zwischen einem qualitativen und einem quantitativen Volksbegriff zu differenzieren.

Der qualitative Volksbegriff hat in der repräsentativen Demokratie seinen neuzeitlichen Ausdruck gefunden. Repräsentation heißt wörtlich Wiedervergegenwärtigung. Da jedoch der Volkswille zuvor noch nicht gegenwärtig war, wird er in der politischen Entscheidung der Repräsentanten überhaupt erst gegenwärtig. Die politische Qualität des Volkes wird also in der – fälschlicherweise so genannten – re-präsentativen Entscheidung präsent. Hierauf bezogen würde die Ausgangsfrage mithin präziser lauten: Kann eine ökologische(re) Politik bei den Repräsentanten „populär“ sein?

Auch diese Präzisierung reicht noch nicht aus, um der Fragestellung gerecht zu werden, da dem qualitativen Volksbegriff letztlich auch ein quantitativer zugrunde liegt. Selbst der identitär regierende Tyrann muss um ein gewisses Maß an Akzeptanz seines politischen Handelns bemüht sein, um Damons Dolch oder – moderner ausgedrückt – die putschende Junta zu vermeiden. Erst recht aber müssen die in freien Wahlen um die Mehrheit werbenden

Repräsentanten einer Repräsentativen Demokratie um ein hohes Maß an Akzeptanz bemüht sein – um die Popularität also, deren Anspruch gegebenenfalls auch ihre ökologische oder ökologischere Politik genügen müsste.

Mehrheit oder populär?

Die Ausgangsfrage spitzt sich also zu: „Kann eine zumindest periodisch auf die Mehrheit des (Wahl-)Volkes angewiesene ökologischere Politik im Sinne dieser Mehrheit jemals populär sein?“ Die Chance, dass sich eine Mehrheit sowohl der Repräsentanten als auch des sie tragenden Wahlvolkes zu einer ökologischeren Politik bekennt – dass eine solche also bei ihnen ‚populär‘ ist – besteht dann, wenn die vorherige, weniger ökologische Politik zu gravierenden Nachteilen für diese Mehrheit(en) geführt hat und – das ist wichtig – diese Nachteile von der jeweiligen Mehrheit auch wahrgenommen wurden. Gerade Letzteres ist alles andere als selbstverständlich.

Die radioaktive Verseuchung nach der Katastrophe von Tschernobyl ließ sich nicht vertuschen. Dasselbe gilt für die Rinderseuche BSE. Nahezu 75 Prozent der Deutschen erklärten sich nach der Tschernobyl-Katastrophe für einen Sofortausstieg aus der Kernspaltungsenergie. Selbst ein als konservativ geltendes Wirtschaftsforschungsinstitut kam 1986 zum Missvergnügen der damaligen Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass ein Sofortausstieg für die Bundesrepublik auch wirtschaftlich vertretbar sei. Die allgemeine Wahrnehmung der Betroffenheit führte zu einer anderen als der bisherigen Wahrnehmung der Sachlage. Dass diese allgemeine Wahrnehmung der Betroffenheit für eine andere gravierende Um- und Mitweltbelastung der Gegenwart – für die elektromagnetische Verseuchung des Äthers nämlich – nicht oder noch nicht gegeben ist, zeigt die Tatsache, dass inzwischen hierzulande 40 Millionen Handybenutzer sich selbst und andere mit diesen gefährlichen Werkzeugen foltern und der Gesetzgeber trotz allmählich wachsender Bewusstwerdung und Gegenwehr nicht bereit ist, die skandalös hohen Grenzwerte zu korrigieren, obwohl medizinische Statistiken längst belegen, dass die handyinduzierten Kopfkrankheiten dramatisch ansteigen. Dem Wähler sein liebstes Spielzeug wegzunehmen, würde eine Einschränkung bedeuten – und Einschränkungen sind für den Einschränkenden nun einmal die erklärten Todfeinde der zu gewinnenden oder zu verlierenden Popularität.

Kommunizierende Röhren

Eine Politik des ökologischen Komparativs kann folglich nur dann populär sein, wenn sie entweder Erleichterung vom eigenen Lei-

densdruck verspricht oder keine einschneidenden persönlichen, sozialen oder ökonomischen Einschränkungen zur Folge hat. Dabei verhält sich das Mehr oder Weniger der zu akzeptierenden Einschränkungen zu dem Mehr oder Weniger an Leidensdruck gleichsam nach Art der kommunizierenden Röhren. Die „Agrarwende“ etwa mit ihren sozialen und ökonomischen Kosten wird akzeptiert, wenn damit die Erwartung verbunden sein kann, in Zukunft wieder zu den Fleischtöpfen Ägyptens zurückkehren zu können. Vor der BSE-Katastrophe gab es allenfalls geringfügige Ökologisierungseffekte in der Landwirtschaft. Plötzlich scheinen Fortschritte möglich.

Im Hinblick auf die Popularität oder wenigstens Akzeptanz politischer Ökologisierungsschritte spielt freilich auch deren Glaubwürdigkeit eine Rolle. Eine als „Ökosteuer“ deklarierte Steuer auf Energieverbrauch wird zweifellos von Vielen leichter akzeptiert, wenn ihre Effekte über den bloßen Energieverbrauchsminderungseffekt hinausgehen und die Erlöse gezielt in die Verwirklichung ökologischer Projekte investiert werden. Voraussetzung für die Popularität einer Politik des ökologischen Komparativs ist also, dass die Wahrnehmung einer mehr oder minder starken Betroffenheit durch den ökologischen Status quo vergleichsweise hoch ist und diese Wahrnehmung durch die professionellen Beobachter der Gesamtzusammenhänge – den Wissenschaftlern und den ihre Erkenntnisse aufnehmenden Multiplikatoren (Umweltverbänden, Akademien, Volkshochschulen) – wachgehalten und durch die Medien stets aufs Neue verbreitet wird. Gerade Letzteres lässt sich keineswegs garantieren, da der Nachrichtenwert einer sozio-ökologisch relevanten Tatsache mit der Aktualität ihrer Feststellung schwindet. Dass zum Beispiel die radioaktive Wolke von Tschernobyl 15 Jahre nach ihrer Entstehung noch immer um den Globus kreist, ist kaum mehr eine Nachricht wert, obwohl Wild und Waldpilze nach wie vor erheblich belastet sind.

Ambivalentes Verhältnis

Das Verhältnis zwischen ökologischem Komparativ und Regierungskunst ist in hohem Maße ambivalent. Unterstellt man eine Regierung, die aufgrund anderer Prioritätensetzung mit der Forderung nicht unerheblicher Bevölkerungsteile nach einer ökologischeren Politik konfrontiert ist, so wird sie das tun, was wir Alle hierzulande und weltweit stets aufs neue erfahren können: Sie wird mit ökologisch gewandeten Gesten und Aktionen antworten, die den Anschein zupackender Tatkraft erwecken, in Wirklichkeit aber das Übel nicht an der Wurzel packen. Darauf vertrauend, dass dies ohnehin nur von vergleichsweise Wenigen durchschaut wird und die Wogen der Erregung sich wieder innerhalb kurzer Zeit in ein – von Abstumpfungs-, Resignations- und Überlagerungsprozessen eingeleitetes – *business as usual* überführen lassen. Der Terminus des „Aussitzens“ gehört zum Wortschatz einer derartigen Politik, die gute Überlebenschancen hat.

Unterstellt man hingegen eine Regierung, die den ökologischen Komparativ nicht nur auf ihre Fahnen geschrieben hat, sondern auch tatsächlich will, so wird sie – unter Beachtung der von Machiavelli im 25. Kapitel seines Buches über den Fürsten genannten Kriterien –

mit Tatkraft (*virtù*) die jeweiligen Zeitumstände (*qualità dei tempi*) und erst recht die „Gunst der Stunde“ (*occasione*) nutzen. Eine solche Regierung muss nach dem Auftreten ökologischer Katastrophen mit entsprechend hoher Wahrnehmung der Betroffenheit – unter Ausnutzung solcher Popularitätswellen – grundlegende Reformen einleiten und einläuten, wie dies etwa nach der BSE-Krise mit der Verkündung der „Agrarwende“ geschehen und nach der Katastrophe von Tschernobyl nicht geschehen ist. In Zeiten, in denen ökologische Zielsetzungen – wegen wirtschaftlicher Depression und hoher Arbeitslosigkeit etwa – weniger populär sind und eher die Dreigroschenoper-Maxime vorherrscht „Zuerst kommt das Fressen, dann die Moral“, müsste eine Regierung mit der unterstellten ökologischen Motivation durch Forschungsaufträge, Erhebungen, Gutachten und Informationskampagnen die Popularität einer ökologischen Politik hochzuhalten versuchen, um nicht nur in den Repräsentationsgremien, sondern auch beim Wahlvolk die erforderliche Akzeptanz für ihre Politik zu finden. Freiwillig gegen ihre eigenen Machtinteressen regierende Regierungen nämlich sind „nicht von dieser Welt“. Die Durchschnittsregierung freilich ist weder ökologiefreundlich noch ökologisch hochmotiviert. Sie hat – schon aus Gründen der Gefolgschaftswerbung – eine Reihe mehr oder minder interpretationsbedürftiger Programmziele und will in erster Linie an der Macht bleiben. Sie wird sich daher ähnlich verhalten wie diejenigen, auf deren Schultern sie steht: Sie wird sich zuweilen thematisch echauffieren, zumeist aber laviieren und sich im übrigen mit den sozio-politischen Konstellationen arrangieren. Für sie erübrigt sich die Frage, ob ökologische Ethik und Politik jemals populär sein kann. Da aber nahezu jede Regierung eine solche Durchschnittsregierung ist, folgt die sozio-ökologische Verelendung einer politisch nicht aufhebbaren Schicksalslinie. Und dies zumindest solange wie der von Heidegger in seinem letzten Interview beschworene rettende Gott sich nicht anschickt, uns einerseits mit noch mehr Schwefel, Donner und Blitz und andererseits mit pfingstlichen Erleuchtungen auf den zur Worthülse verkommenen Pfad der „Nachhaltigkeit“ zu bringen. _____

Dieser Text ist die Kurzfassung eines Vortrages (Ökologische Politik und die Kunst des guten Kompromisses), gehalten in der Ev. Akademie Loccum im März 2002.

Zum Autor

Peter Cornelius Mayer-Tasch (geb. 1938)

Seit 1971 Professor für Politikwissenschaft und Rechtstheorie an der Universität München. Gründer und Leiter der Forschungsstelle für Politische Ökologie. Prorektor der Hochschule für Politik. Zahlreiche Bücherveröffentlichungen u. a. Politische Ökologie. (Hrsg.), 1999; Über Prophetie und Politik. 2001; Die Küche im Dorf lassen. Ein sinnfrohes Ökolog(inn)enkochbuch. (Hrsg.), 2002, im Druck.

Kontakt

Prof. Dr. Peter Cornelius Mayer-Tasch

Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München
Ludwigstraße 10, D-80539 München, Fon ++49/(0)89/2180-90 20, -21, Fax -22